



>> NEWSLETTER AUS MADRID

>> *Streit zwischen Madrid und London um 300-Jahr-Feierlichkeiten der „Kronkolonie“ Gibraltar*

Die südliche Spitze der Iberischen Halbinsel Spaniens, Gibraltar, sorgt abermals für Verstimmung zwischen Spanien und Großbritannien. Anlässlich der Feierlichkeiten zum 300. Jubiläum der Zugehörigkeit der Kronkolonie Gibraltar zu Großbritannien werden hohe Repräsentanten des englischen Königshauses und der britischen Regierung erwartet.

Als „unfreundliche Geste“ bezeichnete Außenminister Miguel Ángel Moratinos die für Mittwoch geplante Teilnahme des britischen Verteidigungsministers Geoffrey Hoon in Gibraltar, gegen die die spanische Regierung offiziell Protest eingelegt hat. Die spanischen Sozialisten werfen Tony Blair einen „Kolonialismus des 18. Jahrhunderts“ vor. Aus spanischer Sicht gilt der „Affenfelsen“ seit 1704 als „illegal besetzt“. Der Versuch, den Streit durch eine geteilte Souveränität Gibraltors beizulegen, scheiterte vor 2 Jahren, nachdem sich im November 2002 rund 99 Prozent der Wähler in

einem nicht anerkannten Referendum für den Verbleib unter britischer Herrschaft ausgesprochen hatten. Das 6,5 Quadratkilometer große Territorium lebt hauptsächlich vom zollfreien Handel.

Indessen kritisierte die Volkspartei (PP) Ministerpräsident Zapatero als „unfähig und einflußlos“. Durch unpersönliche Abstimmung mit Blair hätte die Krise verhindert werden können. Zapateros außenpolitische Insensibilität habe zu einem „Kommunikationszerfall“ zwischen den beiden Regierungen geführt. Gleichzeitig bezeichnete der PP die Besuche des englischen Königshauses und der britischen Regierung in Gibraltar als „ungelegen, unnötig und störend“.



Der außenpolitische Sprecher des PP im Kongreß, Gustavo de Aristegui, wies auf den UNO-Beschluß zur Wiederherstellung der territorialen Integrität von Gibraltar, das heißt mit Spanien, hin.

Die spanische Regierung bemüht sich nun um einen Abbau der Spannungen. Die Gibraltar-Frage soll "mit Ruhe und Gelassenheit"

behandelt werden, heißt es aus Regierungskreisen. Madrid und London vereinbarten, Gespräche zu einem späteren Zeitpunkt aufzunehmen.

>> Sozialisten bieten Volkspartei Kuhhandel zum Untersuchungsausschuß „11. März“ an

Bis zur Sommerpause dominierten gegenseitige parteipolitische Vorwürfe die Arbeit des parlamentarischen Untersuchungsausschusses zu den Madrider Terroranschlägen vom 11. März 2004. Nun überlegen die Sozialisten – wohl aus Furcht vor unangenehmen Enthüllungen –, der Volkspartei (PP) einen „Kuhhandel“ anzubieten. Demnach soll ein von allen Parteien getragener Abschlußbericht des Untersuchungsausschusses angefertigt werden, der die Vorwürfe gegen die Aznar-Regierung bewußt ausläßt. Statt dessen beabsichtigt die Regierung, ein parteienübergreifendes Abkommen zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus als Ergebnisbericht zu veröffentlichen. Der spanischen Tageszeitung El País zufolge, soll Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero den Wunsch geäußert haben, die Ergebnisse des Untersuchungsausschusses „zukunftsgerichtet und parteiübergreifend“ zu nutzen. Dabei könnte auf eine Darstellung der Informationshandhabung durch die

Vorgängerregierung nach den Anschlägen verzichtet werden.

Am 7. September nimmt der Untersuchungsausschuß seine Arbeit wieder auf. Dabei soll über die Definition des Islamistischen Terrorismus, Präventivmaßnahmen, Zusammenarbeit zwischen Sicherheitskräften und Nachrichtendiensten und das Abkommen über den Internationalen Terrorismus diskutiert werden. Eine Stellungnahme des PP zum sozialistischen Angebot liegt bislang nicht vor.

Bisher ist die Arbeit des Untersuchungsausschusses - einer Umfrage des Meinungsforschungsinstitutes CIS zufolge – vorwiegend auf große Kritik gestoßen. So mißtrauen 58 Prozent der Spanier den Ergebnissen des Untersuchungsausschusses. Zwar sprachen sich 72 Prozent für die Einrichtung des Ausschusses aus, doch sind die Spanier mehrheitlich der Ansicht, dass die volle Wahrheit über die Ereignisse nach den Anschlägen nie herausgefunden werden wird.

>> CIS-Barometer: „Sozialisten bauen Führung weiter aus“

Einer Umfrage des CIS-Meinungsführungsinstitutes zufolge konnte die Sozialistische Partei (PSOE)

ihren Vorsprung vor der Volkspartei (PP) in den vergangenen drei Monaten seit der Parlamentswahl vom 14. März weiter ausbauen. Die Zustimmung zur neuen Zapatero-Regierung ist in den ersten 100 Tagen um 2 Prozent auf 44 Prozent gewachsen. Der PP unter Mariano Rajoy hingegen verliert ein Prozent und erhält in der Sonntagsfrage nur noch rund 36 Prozent. Wahlexperten erklären den Anstieg für den PSOE mit den populären Entscheidungen der Regierung zum spanischen Truppenabzug aus Irak und der Aussetzung des Nationalen Wasserplans der Aznar-Regierung.

>> **Arbeitslosigkeit in Spanien fällt zum sechsten Mal in Folge**

Um rund 41.000 ist die Arbeitslosigkeit in Spanien im Juli zurückgegangen. Das sind laut spanischem Arbeitsamt rund 2,5 Prozent weniger als im Monat zuvor. Der Rückgang ist zumeist saisonbedingt, insbesondere in den Urlaubszentren an den spanischen Küsten. Gegenwärtig sind ca. 1,58 Mio. Spanier arbeitslos.

Laut Banco de España ist die Wirtschaft im zweiten Trimester um 2,6 Prozent gewachsen, 0,2 Prozent weniger als im vorigen Trimester. Als Grund wird die stagnierende Inlandsnachfrage angegeben.

>> **Nach verheerenden Waldbränden folgt politischer Brand in Portugal**

Kaum sind die Waldbrände, bei denen nach ersten Einschätzungen der Regierung 110.000 Hektar Wald- und Buschland vernichtet wurden, gelöscht, folgt der politische Brand im Streit um die Schuld.



Der sozialistische Oppositionsführer António José Seguro (PS) beschuldigte die Regierung, aus der Waldbrandkatastrophe von 2003 „nichts gelernt zu haben“. Es seien weder Präventivmaßnahmen vorgenommen, noch rechtzeitig genügend Bekämpfungsfahrzeuge und Flugzeuge zur Verfügung gestellt worden. Darüber hinaus habe es die Regierung versäumt, mit den Lokalbehörden über eine verbesserte Koordinierung in der Waldbrandbekämpfung zu sprechen. Ministerpräsident Pedro Santana Lopes (Bild) konterte, es sei 2003 ein Feuerpräventivprogramm in Höhe von 113 Mio. Euro initiiert worden. Stadtentwicklungsminister José Luis Arnaut schlug vor, die EU wieder um Finanzhilfe zu bitten, nachdem die EU im vergangenen Jahr 48 Mio. Euro aus dem Solidarfonds bereitgestellt hatte.

Impressum:

Konrad Adenauer Stiftung e. V.

Aussenstelle Madrid

Inhaltlich Verantwortlich:

Michael Däumer

Zusammengestellt:

Stefan Reith

Design und Umsetzung:

Normann Kreuter

Postanschrift:

Paseo de la Castellana 167

28046 Madrid, España

Tel: (+34) 91 579 61 86

Fax: (+34) 91 571 86 12

Email: kasmad@gmx.net

Web: www.kas.de/espana